

Steuern

Den Haushalt auf solides Fundament stellen

vbw

Position
Stand: Februar 2026

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Der Staat lebt vom Erfolg der Bürger und Unternehmen

Verlässliche öffentliche Infrastrukturen, ein hervorragendes Bildungs- und Wissenschaftssystem, starke Sicherheitskräfte und ein bedarfsgerechtes Sozialsystem zu gewährleisten, stellt hohe Anforderungen an den Haushalt. Die notwendigen Einnahmen entstehen nur dann, wenn Wirtschaft und Bürger erfolgreich sind und die Steuern und Abgaben entrichten können, auf die das Gesamtsystem angewiesen ist. Die Politik muss im eigenen Interesse die Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Wo große Transformationsprozesse anstehen, erfordert das ein zusätzliches staatliches Engagement. Wenn akute Krisen zu bewältigen sind, werden ebenfalls besondere Maßnahmen und Mittel gebraucht. Die Haushaltspolitik muss so austariert sein, dass dies möglich ist, gleichzeitig aber eine langfristig tragfähige Grundlage gewahrt bleibt.

Tatsächlich sehen wir mittlerweile deutlich, dass der Haushalt in eine Schieflage geraten ist. Die Ausgaben steigen seit Jahren stärker als die Einnahmen, und es tun sich zunehmend Finanzierungslücken auf. Dauerhaft können diese nicht mit neuen Schulden geschlossen werden, und Steuererhöhungen würden die Krise nur verschärfen. Es gilt also in erster Linie, die Ausgabenseite durch strukturelle Reformen in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig müssen wir insbesondere – aber nicht nur – mit den kreditfinanzierten Mitteln Investitionen für eine bessere Zukunft anschieben.

Die Bundesregierung steht damit vor großen Herausforderungen. Sie kann und wird diese erfolgreich bewältigen, wenn sie auf einen Weg mutiger Reformen setzt. Die vbw wird diesen Weg gerne gemeinsam mit der Politik beschreiten.

Bertram Brossardt
04. Februar 2026

Inhalt

1	Haushalt konsolidieren	1
2	Planungen konsequenter umsetzen	2
3	Haushaltsmittel klar auf Zukunftsausgaben ausrichten	3
4	Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum als Fundament eines soliden Haushalts	4
	Ansprechpartner/Impressum	5

1 Haushalt konsolidieren

Monitoring macht strukturellen Reformbedarf sichtbar

Wir brauchen leistungsfähige Verwaltungen, verlässliche öffentliche Infrastrukturen, ein hervorragendes Bildungs- und Wissenschaftssystem, starke Sicherheitskräfte und ein Sozialsystem, das dort trägt, wo Menschen das selbst nicht mehr können. Das muss der Bundeshaushalt außerhalb von Krisenzeiten ohne neue Kredite bewältigen.

Die Ausgaben des Bundes sind allerdings zwischen 2014 und 2024 real stärker gewachsen als die um Kredite bereinigten Einnahmen. Gerade die Ausgaben für Soziales sind auf hohem Niveau weiter gestiegen, während sich die Einnahmen weniger dynamisch entwickelt haben. Das setzt sich am aktuellen Rand so fort. Die mit den neu aufgenommenen Krediten steigende Zinslast wird die Situation weiter verschärfen: nach aktueller Prognose wird sie von derzeit gut 30 auf knapp 67 Milliarden Euro im Jahr 2029 wachsen.

Die Studie *Wirtschaftspolitisches Monitoring des Bundeshaushalts* (vbw/IW, Februar 2026) zeigt: Ohne seine zusätzlichen Kreditoptionen und die Sondervermögen wäre der Bund schon seit einigen Jahren haushaltspolitisch völlig überfordert.

Ein Gegensteuern ist daher dringend angezeigt. Es gilt, die konsumtiven Ausgaben zu reduzieren, umfassende Strukturreformen einzuleiten und die Effizienz beim Einsatz öffentlicher Mittel deutlich zu erhöhen. Hier gibt es noch erhebliche Potenziale.

Ein Beispiel aus dem Bereich der Bundesverwaltung ist der Zuwachs von insgesamt etwas mehr als 7.000 Stellen bzw. 47 Prozent in den Bundesministerien inklusive Bundeskanzleramt in den Jahren von 2013 bis 2024, der allein in diesem Zeitraum zusätzlich drei Milliarden Euro gekostet hat und noch wesentlich höhere Folgekosten nach sich zieht (*Stellenmehrung und Stellenbremse in der Bundesverwaltung*, vbw/Prof. Raffelhüschen, September 2024). Zu Recht will die Bundesregierung hier ansetzen und Stellen abbauen. Weiteres erhebliches Konsolidierungspotenzial liegt in der Digitalisierung der Verwaltung in Verbindung mit den weitreichenden Modernisierungs- und Entbürokratisierungsvorhaben. Diese gilt es nun konsequent und zügig umzusetzen.

Ein klarer Konsolidierungskurs mit strukturellen Reformen in vielen Bereichen ist unabdingbar, um den Haushalt wieder auf ein solides Fundament zu stellen und die notwendigen Spielräume für Maßnahmen zu schaffen, die unsere Wettbewerbsfähigkeit wieder stärken. Das höhere Investitionsniveau muss perspektivisch aus dem Kernhaushalt und ohne zusätzliche Verschuldung gesichert werden.

2 Planungen konsequenter umsetzen

Verfahren vereinfachen und beschleunigen

Um die aktuellen und bleibenden großen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, müssen die öffentlichen Haushalte konsequent auf Zukunftsaufgaben ausgerichtet werden. Dazu zählen Innovation, Digitalisierung, Mobilität, Bauen und Wohnen, Verteidigung sowie Umwelt- und Klimapolitik. Inwieweit das dem Bund gelingt, lässt die vbw seit 2022 regelmäßig untersuchen. Der in der Studienreihe *Wirtschaftspolitisches Monitoring des Bundeshaushalts* dafür gewählte Ansatz folgt nicht dem Ressortprinzip und betrachtet den Bundeshaushalt mit den gleichen Methoden wie die Sondervermögen des Bundes. Dadurch entsteht ein Gesamtüberblick, den die Bundesregierung bislang nicht bietet.

Die Haushaltsansätze für wichtige Zukunftsfelder haben sich im letzten Jahrzehnt gut entwickelt; es ist eine klare Schwerpunktsetzung erkennbar. Ein Blick auf die tatsächlichen Ausgaben verschattet das Bild allerdings: Bis 2024 – das letzte Jahr, zu dem schon ein Haushaltsabschluss vorliegt – gelang es nur unzureichend, zu Recht hoch angesetzte Budgetpositionen auch vollständig entsprechend einzusetzen. Die Ist-Ausgaben bleiben spürbar hinter den Planungen zurück. Am deutlichsten zeigt sich das bei der Digitalisierung.

Die Lösung besteht nicht darin, einfach den Mittelansatz zu verringern, wie es zuletzt teilweise geschehen ist. Auf diesen für die Zukunftsfähigkeit des Standorts zentralen Feldern muss tatsächlich vieles umgesetzt werden. Ziel muss es vielmehr sein, für die wirtschaftliche Entwicklung von Unternehmen relevante Infrastrukturprojekte und Verfahren wesentlich leichter, schneller und kostengünstiger darstellen zu können.

Es gilt daher, die Voraussetzungen für den plangemäßen Abruf der Mittel zu verbessern. Dazu müssen Verfahren – von der Antragstellung über Planung und Genehmigung bis zum Verwendungsnachweisprüfung – weiter deutlich verschlankt und beschleunigt werden. Anforderungen und Prüfungsaufwand sind kritisch zu hinterfragen. Bund, Ländern und Kommunen müssen bürokratische Abläufe durch bestens abgestimmte, umfassend digitalisierte und auf das Wesentliche konzentrierte Prozesse vereinfachen und damit auch günstiger gestalten.

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung setzt hier richtige Schwerpunkte, die mit der Modernisierungsagenda des Bundes und der föderalen Modernisierungsagenda weiter ausformuliert wurden. Nun muss es um eine zügige Umsetzung gehen. In diesem Zusammenhang müssen auch Ineffizienzen und Fehlanreize aufgelöst werden, die der Föderalismus etwa im Länderfinanzausgleich oder durch allzu kleinteilige administrative Strukturen heute mit sich bringt.

3 Haushaltsmittel klar auf Zukunftsausgaben ausrichten

Investitionsquote nachhaltig erhöhen

Im europäischen Vergleich liegen die Ausgaben des Bundes für öffentliche Investitionen, Bildung, Verteidigung und Umweltschutz unter dem EU-Durchschnitt, während Sozial- und Gesundheitsausgaben darüber liegen. Deutschland kann bei den Investitionen nur aufschließen, wenn die kreditfinanzierten zusätzlichen Mittel überwiegend dafür eingesetzt werden.

Insgesamt steigen die Ausgaben auf den genannten Zukunftsfeldern nicht zuletzt dank des 2025 neu eingerichteten, kreditfinanzierten Sondervermögens Infrastruktur und Klimaschutz (SVIK) in Höhe von 500 Milliarden Euro. Gleichzeitig fällt aber auf, dass die Investitionsausgaben nicht im gleichen Umfang steigen wie die Kredite über das SVIK. Die Definition der „Zusätzlichkeit“ knüpft an eine wenig ambitionierte Mindestinvestitionsquote im Kernhaushalt an und gilt zudem nur für die 60 Prozent (300 Milliarden), die nicht an die Länder oder den KTF fließen. Zum Teil werden so bereits geplante Investitionen lediglich neu finanziert. Die dadurch mögliche mittelbare Kreditfinanzierung konsumtiver Ausgaben widerspricht nachhaltiger Haushaltspolitik. Die Bundesregierung schöpft damit das Potenzial des SVIK zur Steigerung des langfristigen Wachstumspotenzials nicht vollständig aus.

Auch nicht investive Ausgaben können hohe Zukunftsrelevanz haben. Dazu zählen beispielsweise Entlastungstatbestände, die gravierende bestehende Wettbewerbsnachteile ausgleichen, wie sie im Bereich der Energiekosten unbestreitbar vorliegen. Keinesfalls gilt das aber für konsumtive Ausgaben. Bund, Länder und Kommunen müssen strukturell und im Vollzug sicherstellen, dass kreditfinanzierte Mittel konsequent für zusätzliche Investitionen und Ausgaben eingesetzt werden, die das Wachstumspotenzial und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken. Kreditspielräume dürfen nicht missbraucht werden, um den steuerfinanzierten Haushalt stärker auf Konsum auszurichten.

Für Zukunftsfelder eingeplante Mittel sollten nicht verloren gehen, wenn sie in einem Jahr nicht verwendet wurden. Das lässt sich über Sondervermögen wie den Klima- und Transformationsfonds (KTF) grundsätzlich erreichen, setzt aber ebenfalls voraus, dass keine Verschiebungen aus dem Kernhaushalt heraus erfolgen. Diese Mittel müssen planbar und verlässlich für die Ermöglichung der Transformation insbesondere der Industrie eingesetzt werden. Dementsprechend wäre auch ein Zugriff auf die dem KTF zufließenden Einnahmen aus dem Emissionshandel – wie ihn EU und Länder jeweils anstreben – der falsche Weg.

4 Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum als Fundament eines soliden Haushalts

Bereitschaft und Möglichkeiten zur Mitarbeit am Wohlstand stärken

Angesichts der demografischen Entwicklung, der internationalen Herausforderungen und der in unserem System bei steigendem Wohlstand automatisch wachsenden Ansprüche an soziale Sicherungssysteme würde selbst ein Anspringen der Konjunktur die Probleme allenfalls abmildern, nicht aber lösen. Immer höhere Arbeitskosten schwächen uns im internationalen Wettbewerb, und ausufernde Steuerzuschüsse machen unseren Staat immer weniger handlungsfähig. Die heutigen Rahmenbedingungen überfordern all diejenigen, die unser Land wirtschaftlich tragen, und auch den Staat finanziell deutlich. Damit untergraben sie auch das für eine stabile Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wichtige Vertrauen in das Gemeinwesen.

Anstelle von kostenträchtigen Leistungsausweitungen in der Rentenpolitik (Mütterrente, Haltelinie bei 48 Prozent) brauchen wir jetzt dringend echte Reformen in den sozialen Sicherungssystemen. Sie müssen so weiterentwickelt werden, dass die Bereitschaft und die Möglichkeiten zur Mitwirkung möglichst vieler Menschen am Erfolg Deutschlands substantiell steigen.

Deutschland braucht einen klaren Wachstumskurs. Das heißt, Einnahmen und Ausgaben müssen konsequent darauf ausgerichtet werden, den Standort Deutschland attraktiver und wettbewerbsfähiger zu machen. Wenn für etwas Spielraum im Haushalt gefunden werden muss, dann für Maßnahmen, die darauf einzahlen, wie es beispielsweise ein schnellerer Einstieg in eine Unternehmensteuerreform täte.

Ansprechpartner/Impressum

Dr. Benedikt Röchardt

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-252
benedikt.roechardt@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Februar 2026